

Diakonie
Baden

Dezember 2011

Diakonie Baden ignoriert die Wünsche der Beschäftigten und ermöglicht stattdessen einseitige Verschlechterungen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Diakonie Baden hat es zum zweiten Mal rundweg abgelehnt, mit ver.di über die zunehmende Unzufriedenheit der Diakonie-Beschäftigten mit den Arbeitsbedingungen und Einkommen zu reden. Die Umsetzung der Forderungen ist dabei sogar ein absolutes Tabuthema. Begründung: Die Diakonie sei auf den 3. Weg verpflichtet. Wir vermuten: Der Gesprächswunsch wird ignoriert, weil er von einer gewerkschaftlichen Tarifkommission kommt. Doch über Tarifkommissionen, bestehend aus Beschäftigten der jeweiligen Tarifbereiche, läuft nun mal die Willensbildung bei ver.di.

Die Kolleginnen und Kollegen wollen ihre Interessen gegenüber der Diakonie Baden direkt vertreten wissen. Sie wollen nicht den Beschlüssen der Arbeitsrechtlichen Kommission im fernen Diakonischen Werk der EKD ausgeliefert sein, ohne sich in irgendeiner Weise einbringen zu können, geschweige denn nach ihren Vorstellungen gefragt zu werden.

ver.di hat die Beschäftigten nach ihren Wünschen gefragt

ver.di hat genau dieses Bedürfnis aufgenommen und die Beschäftigten im Sommer nach ihren Forderungen gefragt. Die große Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen, die sich beteiligt haben, sprach sich für eine Einkommenserhöhung zwischen 2 und 5 Prozent aus.

Das sind – nach der Wichtigkeit nach gereiht – die Forderungen der Kolleginnen und Kollegen:

- eine neue Altersteilzeitregelung,
- die Beibehaltung der derzeitigen Wochenarbeitszeit,
- die Verbesserung der Bereitschaftsdienstentgelte und der Vergütung für die Nacharbeit,
- die Forderung nach einer Höherbewertung der Zeit, wenn Beschäftigte aus dem Frei geholt werden,
- zusätzliche Entgeltstufen,
- Überstundenzuschläge für Teilzeitbeschäftigte ab der ersten Stunde,
- eine Höherbewertung der Zeit, wenn geteilte Dienste geleistet werden müssen (hier kam übrigens oft der Kommentar: geteilte Dienste darf es eigentlich gar nicht mehr geben),
- die Höherbewertung von besonders belastenden Tätigkeiten.

Dabei ist auffällig, dass alle Forderungen jeweils für mindestens zwei Drittel der Kolleginnen und Kollegen, die sich an der Befragung beteiligt haben, wichtig sind.

Mit nur wenigen Ausnahmen wollen die Befragten ihre Arbeitsbedingungen und Einkommen über einen Tarifvertrag gesichert wissen und haben sich zudem bereit erklärt, für die Durchsetzung der Forderungen auch aktiv zu werden.



Tariffbewegung . Diakonie

Aus den Ergebnissen der Tariffbefragung hat die Tariffkommission konkrete Forderungen abgeleitet (siehe Flugblatt vom September 2011). Diese Forderungen haben wir am 7. November an OKR Keller geschickt mit der Bitte um ein Gespräch. Wir haben nicht zu Tarifverhandlungen aufgefordert! Drei Tage später kam die oben erwähnte zweite Ablehnung von Gesprächen.

Umsetzung der Wahlmöglichkeit zwischen AVR Baden und AVR DW EKD

Stattdessen wird nun das in 2010 beschlossene Wahlrecht für diakonische Träger zwischen den AVR Diakonie Baden und den schlechteren AVR DW EKD einseitig umgesetzt, indem vor Ort Satzungsänderungen in die Mitgliederversammlungen einzelner Träger eingebracht werden. Doch: Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Einkommen der Beschäftigten lässt sich verhindern. Das zeigt die erfolgreiche Aktion der Kolleginnen und Kollegen des Evang. Sozialwerks Müllheim. Siehe dazu www.streikrecht-ist-grundrecht.de.

Deshalb ist es notwendig, die Aktivitäten der Arbeitgeber zu beobachten, vor allem die Mitgliederversammlungen. Wir bieten Euch/Ihnen ausdrücklich unsere Unterstützung für eventuelle Aktionen und

Öffentlichkeitsarbeit an. Der Erfolg der Müllheimer Kolleginnen und Kollegen ermutigt!!

Übrigens: Die einseitige Übernahme der AVR EKD durch eine bloße Satzungsänderung ist unserer Auffassung nach rechtswidrig. Wir werden unseren Mitgliedern in dieser Angelegenheit Rechtsschutz gewähren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sieht so aus, als ob wir uns für die Durchsetzung Eurer/Ihrer Forderungen für erste Aktionen rüsten müssen. Die ablehnende Haltung der Diakonie ist nicht angemessen. Die Tariffkommission wird in Kürze einen Aktionsplan erstellen, der dann in den Betrieben diskutiert und in konkrete Aktionen vor Ort umgesetzt werden wird.

Wir wünschen Euch/Ihnen allen jetzt aber erst einmal fröhliche Weihnachten, allen die Arbeiten müssen, einen nicht zu anstrengenden Dienst und ein gelingendes neues Jahr, in dem wir einen Durchbruch zu einer beteiligungsorientierten Tarifpolitik beim Diakonischen Werk Baden schaffen werden!

Jetzt Mitglied werden und die Forderungen unterstützen!!



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

**ausschneiden und entweder bei den ver.di-Vertrauensleuten im Betrieb abgeben oder senden an:
ver.di Baden-Württemberg, FB 3
Postfach 10 10 45, 70009 Stuttgart**

Ich möchte Mitglied werden ab:

Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name

Vorname/Titel

Straße/Hausnr.

PLZ Wohnort

Geburtsdatum

Telefon

E-Mail

Staatsangehörigkeit

Geschlecht ☐ weiblich ☐ männlich

Beschäftigungsdaten

- ☐ Arbeiter/in ☐ Angestellte/r
☐ Beamter/in ☐ DO-Angestellte/r
☐ Selbstständige/r ☐ freie/r Mitarbeiter/in
☐ Vollzeit
☐ Teilzeit _____ Anzahl Wochenstd.

☐ Erwerbslos

☐ Wehr-/Zivildienst bis _____

☐ Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____

☐ Schüler/in-Student/in bis (ohne Arbeitseinkommen) _____

☐ Praktikant/in bis _____

☐ Altersteilzeit bis _____

☐ Sonstiges _____

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße/Hausnummer im Betrieb

PLZ Ort

Personalnummer im Betrieb

Branche

ausgeübte Tätigkeit

☐ ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft:

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftverfahren

zur Monatsmitte ☐ zum Monatsende ☐

☐ monatlich ☐ halbjährlich
☐ vierteljährlich ☐ jährlich

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren* monatlich bei meinem Arbeitgeber einzuziehen. *(nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort)

Bankleitzahl Kontonummer

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben)

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in

Tarifvertrag

Tariff. Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst

Euro _____

Monatsbeitrag: Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datenschutz

Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift

Werber/in:

Name

Vorname

Telefon

Mitgliedsnummer